



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Bern



## Medienkonferenz vom 13. August 2013

**Regierungsrat Dr. Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Regierungskollegin, liebe Regierungskollegen  
Lieber Roland Näf, lieber Blaise Kropf  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die zu Ende gehende Legislatur war für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der GEF und auch für mich selbst sehr anspruchsvoll. Sie kennen die zahlreichen Geschäfte, welche auch im Grossen Rat viel zu reden gaben. Nach sieben Jahren harter Arbeit habe ich mir die Frage gestellt, ob ich mich für eine weitere Legislatur zur Verfügung stelle.

Jetzt habe ich mich entschieden. Ich bin hier und bin hochmotiviert: Ich rufe die Bernerinnen und Berner auf, mir am 30. März 2014 erneut ihr Vertrauen zu schenken. Und ich bin gewillt, mit meinen Freunden und Kollegen der rot-grünen Regierungskoalition die Wahlen zu gewinnen.

Meine Kandidatur steht im Zeichen von Solidarität, Loyalität und tiefer Überzeugung.

Meine Eltern waren einfache Arbeiter. Sie sind es, die mich gelehrt haben, was Solidarität bedeutet – in meinen Augen der wichtigste Wert überhaupt. Die Solidarität jener, die niemals reich sein werden, die Solidarität jener, die hart arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen, die Solidarität jener, die jederzeit bereit sind, anderen zu helfen, obwohl sie selber jeden Franken zweimal umdrehen müssen.

Im Arbeitermilieu habe ich auch gelernt, dass es Ausdauer braucht, dass man zu Ende bringt, was man angefangen hat, dass man seinen Grundwerten, seinem Engagement und seinem Umfeld treu bleibt.

Aus Solidarität und Treue gegenüber meiner Herkunft habe ich entschieden, Arzt zu werden und – später – mich politisch zu engagieren. Es ist im Zeichen dieser Treue, dass ich heute bereit bin, ein weiteres Mal für eine rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat zu kämpfen.

Meine Kandidatur steht auch im Zeichen der Loyalität. Im letzten Jahr kamen – im Berner Jura wie auch im Rest des Kantons – zahlreiche Personen auf mich zu und sagten: „Machen Sie weiter!“, „Wir haben Ihnen unser Vertrauen ausgesprochen, es ist zwar sehr schwierig, aber resignieren Sie nicht!“.

Diesen Menschen gegenüber trage ich Verantwortung. Sie wünschen sich, dass ich meinen Einsatz für eine reformorientierte Regierungspolitik weiterführe. Sie erwarten, dass ich meine Arbeit im Sinne meiner politischen Ziele weiterführe und sie sind bereit, mich dabei zu unterstützen. Diesen Personen gegenüber wäre es nicht loyal, wenn ich mich jetzt zurückziehen würde – jetzt, wo die schwierigsten politischen Herausforderungen überhaupt anstehen.

Meine Kandidatur steht auch im Zeichen der Überzeugung. Ja, ich bin überzeugt, dass unser Land und unser Kanton eine solidarische Gesellschaft brauchen, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Meine Damen und Herren: Wer setzt sich in diesem Land seit 125 Jahren zuverlässig für die soziale Gerechtigkeit ein? Wer setzt sich unermüdlich für die Chancengleichheit ein? Wer engagiert sich in der Krise für das Allgemeinwohl statt für Einzelinteressen? Die SP!

Ich bin froh, dass die SP dabei nicht alleine ist. Ich bin froh, dass die Grünen mit uns zusammenarbeiten. Und ich weiss, dass wir, gemeinsam, hart arbeiten müssen, um gerade auch mit Blick auf die Grossratswahlen noch mehr Bernerinnen und Berner von unseren Inhalten zu überzeugen.

Ich spreche nicht von einer Linken, die den Anspruch stellt, alleine zu regieren. Das würde in unserer Konkordanzdemokratie nicht funktionieren. Aber ich wünsche mir eine Linke, die bei der Suche nach Kompromissen mehr Einfluss nehmen kann, eine Linke, deren Vorschläge nicht von einer von der SVP angeführten Gruppe bürgerlicher Parteien systematisch blockiert werden.

Es ist auch heute die Linke, die sich für Menschen in bescheidenen Verhältnissen einsetzt, für Personen mit Migrationshintergrund, für sozial schlechter gestellte Bevölkerungskreise, denen Ausgrenzung droht. Es ist die Linke, die sich für das Staatspersonal engagiert, sei es in der Verwaltung, in den Schulen, in den Spitälern, in den Heimen. Und das tun wir, weil wir uns bewusst sind, dass die aktuell schwierige Finanzlage des Kantons auch die Angestellten des Kantons in verschiedener Hinsicht belastet.

Als Ausgleich gegenüber der grossen bürgerlichen Mehrheit im Parlament braucht der Kanton Bern eine rot-grüne Regierungsmehrheit.

Meine Damen und Herren, unsere Regierungsbilanz ist solide. Und das ist der grosse Unterschied zwischen der Linken und der Rechten: Wir können eine Bilanz vorweisen. Denn in den letzten vier Jahren haben die bürgerlichen Parteien im Grossen Rat wenig zur Entwicklung des Kantons beigetragen. Gebetsmühlenartig wiederholten sie Vorwürfe an den Regierungsrat, konkrete und konstruktive Vorschläge, wie der Kanton weiterkommt, habe ich sehr vermisst. Denken Sie dabei an die Finanzpolitik: Ständige Forderungen nach weiteren Kürzungen, ohne selber konkrete Massnahmen vorzuschlagen. Den breiten Abbau beim Personal fordern, ohne zu sagen, welche Leistungen der Kanton Bern nicht mehr erbringen soll.

Ich möchte deshalb nicht, dass die Rechte gestärkt aus den Wahlen vom 30. März 2014 hervorgeht. Und ich werde alles dafür geben, die Bernerinnen und Berner zu überzeugen, dass es in der Regierung weiterhin eine rot-grüne Mehrheit braucht.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung.

Ich werde mich bis zum 24. November nur beschränkt für meine Wahlkampagne einsetzen. Als Bernjurassier und Präsident der Juradelegation des Regierungsrates werte ich die regionale Volksabstimmung zur institutionellen Zukunft des Berner Jura als historisches Ereignis. Ich will zusätzlich zur Führung der Direktion meine ganze Kraft der Vorbereitung dieser Abstimmung widmen.

Ich will nicht, dass parteipolitische Spiele die laufende Debatte im Berner Jura stören und sich wahltaktische Manöver und die eigentliche Sachfrage vermischen. Es ist meine Verantwortung, mit allen involvierten Gruppen den Dialog führen zu können – unabhängig von Parteiinteressen und Wahlstrategien.

Die politische Zukunft des gesamten Kantons und der Berner Jura als Garant für die Mehrsprachigkeit des Kantons Bern stehen für mich im Vordergrund. Da muss die persönliche Wahlkampagne zurückstehen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.